

Fachlehrpläne

Gymnasium: Politik und Gesellschaft 12 (erhöhtes Anforderungsniveau)

gültig ab Schuljahr 2024/25

PuG12 Lernbereich 1: Frieden und Sicherheit als zentrale Motive deutscher Außenpolitik verstehen (ca. 24 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erfassen zentrale sicherheitspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, um die internationale Rolle Deutschlands und die Bedeutung der Bundeswehr als Parlamentsarmee zu beurteilen.*
- vergleichen verschiedene Friedens- und Kriegsdefinitionen, um zu einem differenzierten Verständnis des Friedens- und Kriegsbegriffs zu gelangen und einen Einblick in politikwissenschaftliche Diskussionen zu bekommen.
- gewinnen anhand konkreter Beispiele einen Überblick über zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie deren Wechselwirkungen, um die zentrale Bedeutung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs für die internationale Konfliktbearbeitung nachzuvollziehen.
- untersuchen (z. B. ausgehend von einem meinungsbildenden Zeitungstext) an einem aktuellen Beispiel Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, um wesentliche Motive und Einflussfaktoren zu begreifen und deren Beitrag zu Frieden und Sicherheit ggf. in Form eines Leserbriefs oder eines Forumsbeitrags zu beurteilen.
- analysieren die gefährliche Anziehungskraft der Narrative terroristischer Bewegungen (z. B. Rechtsterrorismus, islamistischer Terrorismus) an einem Beispiel und begreifen Terrorismus im 21. Jahrhundert als globale Bedrohung, um sich mit wesentlichen Bekämpfungsstrategien auseinanderzusetzen.
- befassen sich mit Beispielen hybrider Maßnahmen zur Interessendurchsetzung, um mögliche Kriterien zu deren Einstufung als Auffälligkeiten, Bedrohungen oder Krieg zu diskutieren.
- verstehen, dass als Reaktionen auf diese sicherheitspolitischen Herausforderungen eine vernetzte Gefahrenanalyse und staatliche sowie gesellschaftliche Resilienz notwendig sind, um Möglichkeiten

und Grenzen der Weiterentwicklung von Gegenmaßnahmen zu beurteilen.

- setzen sich mit einem aktuellen Auslandseinsatz der Bundeswehr als Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt auseinander (z. B. Befragung einer Zeitzeugin bzw. eines Zeitzeugen oder einer Expertin bzw. eines Experten) und analysieren die rechtlichen Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, um die besondere Bedeutung der demokratischen Legitimation der Bundeswehr als sogenannte Parlamentsarmee wertzuschätzen.
- untersuchen an einem aktuellen Beispiel politische Rahmenbedingungen bundesdeutscher Waffenlieferungen, um deren Zielsetzungen und Auswirkungen im Spannungsfeld zwischen Bündnistreue, internationalem Engagement, wirtschaftlichen Interessen und Menschenrechten nachzuvollziehen.
- erarbeiten anhand konkreter Beispiele (z. B. des zivilen Friedensdienstes) Ablauf, Methoden und Ziele ziviler Konfliktbearbeitung, erkennen diese als einen weiteren Baustein der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik und reflektieren eigene Handlungsmöglichkeiten.
- untersuchen eine konkrete Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um Chancen und Hemmnisse des zivilen Einsatzes für den positiven Frieden zu diskutieren und das internationale Engagement der Bundesrepublik Deutschland zu bewerten.
- ordnen polizeiliche und justizielle Unterstützungsmaßnahmen im Ausland in den Konfliktzyklus aus Prävention, Konfliktmanagement und Nachbereitung ein, um sich ein umfassendes Bild vernetzter Sicherheit zu machen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- negativer und positiver Frieden, Frieden als Prozess
- Kriegsdefinitionen, Erscheinungsformen von Krieg, z. B. asymmetrischer Krieg, Hybridkrieg, Bürgerkrieg
- zentrale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert, z. B. Staatszerfall, transnationaler Terrorismus, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Migration
- umfassender Sicherheitsbegriff: ressortgemeinsamer Ansatz, vernetzte Sicherheit als Zusammenarbeit vieler Politikbereiche, Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, multilaterale Zusammenarbeit
- Mittel bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. Diplomatie, Bündnisse, Sanktionen
- Einflussfaktoren bundesdeutscher Außenpolitik, u. a. historische Verantwortung, geostrategische Lage, Einbindung in internationale

- Organisationen, Wertvorstellungen des Grundgesetzes, wirtschaftliche Interessen, öffentliche Meinung
- Terrorismus als internationale Bedrohung, Bekämpfungsstrategien
 - Kriterien zur Einstufung hybrider Maßnahmen, z. B. Umfang der Hemmung von Entscheidungsprozessen, Grad der Destabilisierung der Gesellschaft, Organisationsform der Akteure
 - hybride Bedrohungen, z. B. gezielte Falschinformation, Eingriffe in die digitale und analoge Infrastruktur, Geheimdiensttätigkeit, strategische Leaks, Doxing, Proliferation
 - vernetzte Sicherheit sowie staatliche und gesellschaftliche Resilienz als Reaktion auf Bedrohungen, z. B. Cybersicherheit, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Rüstungskontrolle, Bemühungen um eigene Datensicherheit, Politische Bildung
 - demokratische Legitimation, Rolle und Entwicklungen der Bundeswehr
 - rechtliche Grundlagen für Bundeswehreinsätze im In- und Ausland, z. B. Grundgesetz, Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994
 - Methoden und Ziele ziviler Konfliktbearbeitung
 - politische und rechtliche Bedingungen bundesdeutscher Waffenlieferungen
 - Elemente bundesdeutscher Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
 - Friedenssicherung im Bereich von Polizei und Justiz, z. B. Polizei-Ausbildungsmissionen, OSZE-Wahlbeobachtung, Förderung von Rechtsstaatsprozessen, Justizaufbau, Krisenfrüherkennung durch das Diplomatische Corps, Entwicklungspolitik, Projekte ziviler Konfliktbearbeitung
 - Konfliktzyklus

PuG12 Lernbereich 2: Das europäische Projekt verstehen und mitgestalten (ca. 32 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erkennen die Bedeutung der europäischen Einigung für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in Europa, um diese wertzuschätzen und an der Umsetzung der europäischen Idee mitzuwirken.*

- vergleichen eigene Erfahrungen mit der Europäischen Union und aktuelle Umfragen, z. B. Eurobarometer, um den Einfluss der EU auf ihre Lebenswelt zu erfassen und ggf. in Form eines Schaubilds zu präsentieren.
- analysieren grundlegende Texte zur EU (z. B. die Präambel des Vertrags von Lissabon), um das Selbstverständnis der EU als Wertegemeinschaft zu erkennen.
- diskutieren ausgehend von einem Beispiel den Umgang mit internen Verstößen gegen die Wertordnung der EU, um die Komplexität des politischen Systems EU und die Abhängigkeiten innerhalb der Europäischen Union zu erfassen.
- informieren sich (z. B. anhand einer Infografik) über den institutionellen Aufbau der EU nach dem Vertrag von Lissabon, um das Zusammenwirken von intergouvernementaler und supranationaler Ebene nachzuvollziehen.
- erleben in einem Planspiel Rechtssetzung auf Ebene der EU und reflektieren anschließend den politischen Prozess in der Europäischen Union.
- diskutieren an einem konkreten Beispiel Chancen und Probleme einer Europäisierung des Rechts und analysieren den Prozess der Rechtsetzung in der EU mit dem Ziel, die Wechselwirkung zwischen EU und Nationalstaaten zu bewerten.
- erörtern den Einfluss verschiedener Interessengruppen auf den Prozess der Rechtsetzung in der EU, um ein differenziertes Bild der Mitwirkung vielfältiger Akteure in der EU zu gewinnen.
- beurteilen unter Zuhilfenahme aktueller Beispiele Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und wägen dabei ab, inwieweit sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann.
- bewerten Vorschläge zur weiteren Demokratisierung der EU, um (z. B. in einer Podiumsdiskussion) differenziert Stellung zur aktuellen Reformdiskussion zu beziehen.
- informieren sich über zentrale Voraussetzungen für die Aufnahme von Staaten in die EU, um die Aussichten und Hemmnisse für einen aktuellen Beitrittskandidaten und davon ausgehend die Chancen und Herausforderungen einer Erweiterung aus Sicht der EU zu beurteilen.
- vergleichen (z. B. mithilfe der Szenariotechnik) verschiedene Szenarien zur künftigen Entwicklung der EU, um vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen Strategien für ein zukunftsfähiges Europa zu diskutieren und ggf. diese in einer Rede zur Zukunft des Projekts Europa darzustellen.

- reflektieren die Bedeutung der Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger für das europäische Projekt, um Maßnahmen für die Förderung eines europäischen Bewusstseins zu entwickeln.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Wertebasis der EU, u. a. Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
- Aufbau und Zusammenwirken der EU-Organe nach dem Vertrag von Lissabon, v. a. Europäisches Parlament, EU-Kommission, Europäischer Rat, Rat der EU
- Umgang mit internen Verstößen gegen die Wertordnung der EU, z. B. Diplomatie, Rechtsstaatsmechanismus, Sanktionen, Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof
- Rechtsetzungsmöglichkeiten in der EU: Verordnung, Richtlinie und Beschluss
- Europäisierung des Rechts an einem aktuellen Beispiel, z. B. Migration und Asylrecht oder Umwelt- und Verbraucherschutz in der EU
- Einfluss weiterer Interessengruppen auf den Prozess der Rechtsetzung in der EU, z. B. Lobbyismus, NGOs, Verbände, Unternehmen
- EU als Akteur der internationalen Politik, z. B. Hoher Vertreter bzw. Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Europäische Nachbarschaftspolitik, Östliche Partnerschaft, GSVP, EU-Missionen, Diskussion um eine europäische Armee
- Reformvorschläge für das demokratische System der EU, z. B. transnationale Wahllisten, Direktwahl der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten, Struktur der Kommission, Europäischer Bürgerentscheid
- Voraussetzungen einer EU-Mitgliedschaft: Kopenhagener Kriterien, Aufnahmefähigkeit der EU, internationale Rahmenbedingungen, geografische Lage
- Szenarien zukünftiger Entwicklungen der EU
- europäisches Bewusstsein, Maßnahmen für dessen Stärkung, z. B. Erasmus, ErasmusPLUS, Schulpartnerschaften, gesamteuropäische Kultur- und Sportveranstaltungen

PuG12 Lernbereich 3: Politische Theorien und Utopien für die Gestaltung der Zukunft nutzen (ca. 12 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *setzen sich auf Basis ausgewählter politischer Theorien und Utopien bzw. Dystopien mit aktuellen Herausforderungen und Entwicklungstrends auseinander, um ihre Erkenntnisse für die Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Zukunft nutzbar zu machen.*
- untersuchen konkrete Konzepte zur Gestaltung des Verhältnisses von Individuum und Staat anhand wissenschaftlicher Texte, um eine Entwicklung in der politischen Theorie ideengeschichtlich nachzuvollziehen.
- analysieren ausgewählte Aspekte von Staatstheorien der Aufklärung (z. B. Gewaltenteilung, Menschenrechte, Volkssouveränität) und verstehen sie vor ihrem historischen Hintergrund als utopische Denkmodelle, um davon ausgehend ihre Bedeutung als Grundlage moderner Demokratien zu reflektieren.
- setzen sich mit einer zeitgenössischen Utopie bzw. Dystopie (z. B. in Form eines literarischen Werks, eines Films bzw. einer Fernsehserie, einer Graphic Novel) auseinander, um die dort aufgegriffenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu erfassen und konkrete politische Maßnahmen sowie eigene Handlungsmöglichkeiten für deren Bewältigung zu entwickeln.
- unterscheiden Utopien bzw. Dystopien von wissenschaftlichen Zukunftsprognosen hinsichtlich ihrer Funktion, um deren Potenzial für die politische Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft zu diskutieren.
- entwickeln zu aktuellen politischen oder gesellschaftlichen Herausforderungen eigene Utopien bzw. Dystopien (z. B. in Form von Texten, Audio- oder Videobeiträgen) und diskutieren, wie realistisch und wünschenswert deren Umsetzung vor dem Hintergrund der freiheitlich-demokratischen Werteordnung ist, um die Zukunft verantwortungsvoll mitzugestalten.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- politische Theorie zum Verhältnis von Individuum und Staat: Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus
- staatstheoretische Ansätze in der Epoche der Aufklärung, von z. B. Locke, Montesquieu
- Utopien bzw. Dystopien: Definition, zentrale Merkmale
- zeitgenössische Utopien

- Politikberatung durch wissenschaftliche Zukunftsprognosen: u. a. Wissenstransfer, Folgeabschätzung, Aufzeigen von Handlungsoptionen
- politisch-gesellschaftliche Funktionen von Utopien bzw. Dystopien, z. B. Gegenwartskritik, Warnung vor Fehlentwicklungen, Entwicklung und Vermittlung von Idealvorstellungen, z. B. im Bereich der Gesellschaftsordnung, des Verhältnisses von Natur und Mensch, Antrieb zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse
- Möglichkeiten und Grenzen der Nutzbarmachung von Utopien bzw. Dystopien, z. B. Ausloten des Machbaren, Aufzeigen von Alternativen, Impulse für Ideen, Verkennen der Komplexität der gesellschaftlich-politischen Zusammenhänge, mangelnde Vereinbarkeit mit Interessenausgleich und Pluralismus in der Demokratie

PuG12 Lernbereich 4: Politische Systeme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen vergleichen und Demokratie wertschätzen (ca. 34 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *untersuchen Ausprägungen von Diktatur und Demokratie, um die Gefahren antidemokratischer Entwicklungen zu identifizieren und ihre demokratische Grundhaltung zu festigen.*
- *arbeiten aus einer Darstellung zu politischen Systemen der Welt (z. B. Freedom House Map oder Bertelsmann Transformationsindex) wesentliche Kriterien als Grundlage einer vergleichenden Betrachtung politischer Systeme heraus, um sich einen Überblick über Verbreitung und Ausprägung von Demokratien weltweit zu verschaffen.*
- *untersuchen anhand der Dimensionen von Herrschaft aktuelle Beispiele politischer Systeme, um sie begründet den Herrschaftsformen Demokratie und Diktatur zuzuordnen und ihre Einschätzung (z. B. in Form eines Redebeitrags) zu präsentieren.*
- *setzen sich an einem Beispiel mit dem Verhältnis von Verfassungsnorm und Verfassungsrealität im Bereich der Menschenrechte auseinander, um den Umgang mit Menschenrechten als zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Diktatur und Demokratie zu erkennen und für ihre Einhaltung einzutreten.*

- analysieren anhand von Schaubildern parlamentarische, semipräsidentielle sowie präsidentielle Systeme und untersuchen die jeweiligen Ausprägungen der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung, um grundlegende Unterschiede und Gemeinsamkeiten demokratischer Modelle zu reflektieren.
- entwerfen für fiktive Nationen im Übergang zu einer Demokratie mit ausgewählten gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen eine begründete Empfehlung für ein parlamentarisches oder ein präsidentielles System, um Auswirkungen der beiden Herrschaftsformen abzuwägen.
- setzen sich auf der Basis eigener Recherche mit der Tendenz zu politischer Personalisierung sowie Präsidentialisierung in ausgewählten Ländern auseinander, um daraus erwachsende Chancen und Gefahren für demokratische Prozesse zu beurteilen.
- vollziehen konkrete politische Entwicklungen als Ausdruck für einen möglichen Systemwandel nach, um die Einordnung von Mischformen zwischen Demokratie und Diktatur zu diskutieren.
- setzen sich anhand eines aktuellen Beispiels kritisch mit antidemokratischen Tendenzen in Demokratien auseinander, um die Bedeutung der demokratischen Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger für die Stabilität des politischen Systems zu erkennen und freiheitssichernde Mechanismen sowie demokratische Problemlösungsprozesse wertzuschätzen.
- gestalten ein Projekt zum Umgang mit antidemokratischen Einstellungen (z. B. unter Einbeziehung externer Expertinnen und Experten) und präsentieren ihre Ergebnisse im schulischen Rahmen (z. B. in Form einer Informationsveranstaltung, Lernen durch Lehren, eines digitalen Angebots), um sich für eine demokratische Grundhaltung zu engagieren.
- erfassen an zwei Beispielen politische Reaktionen auf gesellschaftlichen Wandel, um den langwierigen Interessenausgleich und die notwendige Kompromissfindung als Ausdruck einer pluralistischen Demokratie zu reflektieren.
- beschäftigen sich mit einem Reformvorschlag für das politische System der Bundesrepublik Deutschland (z. B. im Bereich von Partizipation oder Repräsentation), um die Fähigkeit zur Weiterentwicklung der Demokratie und deren Bedeutung für die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu beurteilen.
- untersuchen (z. B. ausgehend von einer Statistik) den aktuellen Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung in Demokratie und Diktatur, um z. B. im Rahmen einer Podiumsdiskussion Chancen und Gefahren für die Meinungs- und Informationsfreiheit zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- wesentliche Kriterien zur Bestimmung politischer Systeme, u. a. Formen der Partizipation, Ausprägungen der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats
- Dimensionen des Herrschaftsbegriffs: Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang, Herrschaftsanspruch, Herrschaftsweise, Herrschaftsmonopol, Herrschaftsstruktur
- Achtung der Menschenrechte als grundlegendes Unterscheidungsmerkmal von Demokratien und Diktaturen
- Unterschiede und Gemeinsamkeiten parlamentarischer, semipräsidentieller und präsidentieller Demokratien, u. a. Legitimationskette, Abhängigkeit von Parlament und Regierung
- Chancen und Gefahren von politischer Personalisierung und Präsidentialisierung, z. B. klare Verantwortlichkeiten, Bürgernähe, Identifikationspotential, Vereinfachung politischer Inhalte, Personenkult, Machtkonzentration
- Mischformen von Demokratie und Diktatur
- antidemokratische Tendenzen, z. B. in Politik, Medien und Gesellschaft
- freiheitssichernde Maßnahmen, z. B. Einklagbarkeit von Grundrechten, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbot, z. B. anhand der Situation von Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen gegen antidemokratische Einstellungen, z. B. Strategien im Umgang mit Stammtischparolen, Antisemitismusprävention, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Angebote zu Integration und Inklusion
- Ausdruck gesellschaftlichen Wandels, z. B. in den Bewegungen für Frauenrechte und LGBTIQ⁺-Rechte, in Klimaprotesten, und politische Reaktionen, z. B. Frauenquote, Ehe für alle, Einführung der Unterscheidung von männlich/weiblich/divers, Formulierung von Klimazielen etwa zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, Förderung regenerativer Energien
- Reformvorschlag für das politische Systeme der Bundesrepublik Deutschland, z. B. Plebiszite auf Bundesebene, e-voting, Wahlrecht ab 16 Jahren, Direktwahl des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin, Bürgerräte
- Einfluss der Digitalisierung auf die politische Willensbildung, z. B. Aufzeigen von Missständen, Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit, politische Agitation, Manipulation

PuG12 Lernbereich 5: Möglichkeiten der Demokratieförderung beurteilen (ca. 10 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *setzen sich mit Chancen und Grenzen der Demokratieförderung in der Welt auseinander, um eine realistische Einschätzung der politischen Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen.*
- gleichen die Bedingungen in einem aktuellen Länderbeispiel mit den Merkmalen fragiler Staatlichkeit ab, um die Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Kategorisierungen zu reflektieren.
- analysieren einen konkreten „state building“-Prozess, um dessen Voraussetzungen und Ziele als Grundlage für Demokratisierungsprozesse zu begreifen.
- grenzen an einem Länderbeispiel innere und äußere Maßnahmen zur Demokratisierung voneinander ab, visualisieren diese (z. B. in einem Schaubild oder einer digitalen Pinnwand) und reflektieren die Intentionen der Akteure.
- untersuchen das Zusammenwirken der Maßnahmen, um grundlegende Chancen und Hemmnisse für Demokratisierungsprozesse zu diskutieren.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Merkmale fragiler Staatlichkeit, v. a. fehlendes staatliches Gewaltmonopol, mangelnde staatliche Infrastruktur, eingeschränkte Wohlfahrtsfunktion
- Voraussetzungen, u. a. Mindestmaß an Stabilität und Kontrolle, kohärente Zieldefinition der relevanten Akteure, grundlegende Akzeptanz der Bevölkerung, und Ziele von „state building“-Prozessen, u. a. funktionsfähige staatliche Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, nationale Souveränität
- Demokratisierungsprozesse von innen, z. B. Bildung von Interessenverbänden in der Zivilgesellschaft, Schaffung von Foren für politische Willensbildung, Ausbildung einer pluralen Öffentlichkeit, und Maßnahmen von Demokratieförderung von außen, z. B. auf zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher, diplomatischer bzw. militärischer Ebene
- Akteure von Demokratieförderung, u. a. zivilgesellschaftliche Gruppen, NGOs, IGOs, Nationalstaaten